

Fabian Walch

Gesinnungsnepotismus an Hochschulen

Besonders die 350 Jahre alte Universität Innsbruck bietet ein beklagenswertes Bild

Prof. Dr. Bernd Lucke kehrte nach seiner politischen Karriere in der Alternative für Deutschland (AfD) und einem kurzen Intermezzo einer Abspaltung wieder zu seiner akademischen Heimat, der Universität Hamburg, zurück. Bei seiner Antrittsvorlesung an der Hochschule wurde der frühere AfD-Parteichef niedergebrüllt und bedrängt. Die Szenen, welche von einigen Studenten via Smartphone festgehalten wurden, gehen durch Mark und Bein. Größende Einpeitscher heizen die Stimmung fast bis zum Siedepunkt auf. Es kommt zu Schreihören, die „Nazischweine raus aus der Uni“ skandieren und zu kleineren Handgreiflichkeiten. Schlussendlich musste Lucke unter Polizeischutz vom Universitätsgelände eskortiert werden.

Unter dem Motto „Lucke lahmlegen – keine Lehre am rechten Rand“ hatte der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) zu einer Demonstration aufgerufen. Beunruhigend ist, dass keiner der anwesenden Studenten, welche die Vorlesung über Makroökonomie besuchen wollten, eingriff oder für die Freiheit der Lehre eintrat. Dies wäre ja auch in erster Linie die Aufgabe des Wissenschaftssenats gewesen. Dieser nimmt jedoch erst nach der Eskalation Stellung, wobei mit keinem Wort Kritik an den Vorgängen geäußert wird. In der Erklärung heißt es nur: „Unabhängig davon ist festzustellen, dass Universitäten als Orte der Wissenschaft die diskursive Auseinandersetzung auch über kontroverse gesellschaftliche Sachverhalte und Positionen führen und aushalten müssen – insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte.“ Also ein Blankoscheck für weitere repressalische Aktionen gegen Lucke und ein Armutszeugnis für die Universitätsleitung. Tatsächlich musste auch die zweite Vorlesung von Lucke abgebrochen werden. Trotz der Aufbietung von 15 Sicherheitsleuten konnten sich die linksextremen Freiheitsfeinde unter Einsatz von roher Gewalt, was zu mehreren Verletzten unter den Sicherheitskräften führte, Zutritt zum Hörsaal verschaffen. Seither kann Lucke seine Vorlesungen nur mehr unter Polizeischutz abhalten. Wie lange werden die Verantwortlichen hier noch zusehen? Die Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre ist jedenfalls massiv unter Bedrängnis geraten und es gibt keinen nennenswerten Aufschrei.

Gesinnung hat Vorrang vor Qualifikation und Leistung

Damit hat sich die Universität entlarvt und gezeigt, wo die Reise hingehet. Wir haben auf der einen Seite linke bis linksextreme Studenten, die längst alle studentischen Ausschüsse gekapert haben. Auf der anderen Seite sind wir mit bereits teils ebenfalls sehr weit linken Professoren und solchen Wissenschaftlern, die den Kampf gegen die linke Hegemonie an den Hochschulen bereits aufgegeben haben, konfrontiert. Der Marsch durch die Institutionen der 68er-Bewegung ist fast vollendet. An den Universitäten jedenfalls haben sie bereits die Vorherrschaft an sich gerissen und einen Teufelskreis etabliert, der ihnen diese auf Dauer sichert. Wir beobachten, dass wissenschaftliche und studentische Mitarbeiter oftmals nur nach ihrer Gesinnung ausgewählt werden und weniger nach ihrer Qualifikation beziehungs-

weise Leistung. Diese Stellen dienen in Folge oftmals als Sprungbrett für akademische Karrieren, womit klar scheint, wie die akademische Welt in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich aussehen wird. Diese Praxis kann getrost als Gesinnungsnepotismus bezeichnet werden.

Bernd Lucke ist aber nur das jüngste Beispiel von einer ganzen Reihe. In der Bundesrepublik Deutschland geraten Professoren immer wieder ins Visier studentischer Meinungsdictatoren, werden denunziert und auch anonym bedroht. Drei der bekanntesten Fälle sind wohl Prof. Dr. phil. Herfried Münkler, emeritierter Professor für Politikwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Jörg Baberowski, Professor für Geschichte Osteuropas ebenfalls an der Humboldt-Universität in Berlin und Prof. Dr. Johannes Varwick, Lehrstuhlinhaber für Internationale Beziehungen und Europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Unter dem Deckmantel der politischen Korrektheit wurden alle drei bereits Opfer linksextremer Angriffe, die von Besetzung ihrer Institute über Schmierereien und Demonstrationen bis hin zu tätlichen Angriffen reichen.

Solche Szenen spielen sich aber auch immer öfter an österreichischen Hochschulen ab. Vor Kurzem rief die Österreichische Hochschülerschaft der Universität Wien (ÖH Uni Wien), die sonst durch „interaktive Analexworkshops“, Millionengräber à la „Cafe Rosa“ und 250.000-€-Propaganda-Kampagnen aufhorchen lässt, unter dem Motto „Genug ist genug! Höbelt eine Grenze setzen“ zu einer Demonstration gegen Zeithistoriker ao. Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt auf, weil dieser bei einer Tagung des Freiheitlichen Akademikerverbandes (FAV) in der Steiermark einen Vortrag halten werde. Am 19. November wurde schließlich Professor Höbelts Vorlesung zur „Zweiten Republik Österreich“ gekapert. Die linken Krakeeler skandierten ihre gewohnten Phrasen, wie „Alerta, Alerta, Antifaschista“ und versuchten somit, die Vorlesung platzen zu lassen. Höbelt konnte allerdings durch seine besonnene und unaufgeregte Art die Situation unter Kontrolle bringen, schließlich war es nicht der erste Angriff auf seine wissenschaftliche Freiheit. Die linken Meinungsdespoten wollen ihren Protest gegen Höbelt nun jede Woche wiederholen. Die Universität Wien schweigt. Dabei sind Universitäten als Orte freier Bildung, freier Lehre und freier Forschung konzipiert worden. Der blühende Austausch von Ideen sowie deren Widerstreit waren ihnen seit Jahrhunderten immanent. Heute wird der Meinungskorridor durch ebensolche Mittel sukzessive eingeschränkt.

Bleiben wir nach dieser kurzen Einführung in Österreich und werfen wir noch einen Blick auf die Landesuniversität Tirols. Die Leopold-Franzens-Universität (LFU) in Innsbruck feierte heuer ihr 350-Jahr-Jubiläum, wobei die Umstände tief blicken lassen. Im Mai fanden nicht nur die Wahlen zum Parlament der Europäischen Union statt, sondern auch die Wahl zur Österreichischen Hochschülerschaft. Neben der katastrophalen Wahlbeteiligung von 25,82 Prozent ließen besonders zwei Skandale in Innsbruck aufhorchen.

Ein Student des Wirtschaftsrechts wurde von der Fachschafts-Vorsitzenden Karoline Angerer, der ÖVP-Studentenorganisation Aktionsgemeinschaft (AG) angehörend, aus der unabhängigen Fachschaft geworfen, nachdem er seine Kandidatur für den Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) bekannt gab. Der Protest des RFS stieß bei sämtlichen Gremien der Universität auf taube Ohren. Ein weiterer Kandidat des RFS in Innsbruck wurde per WhatsApp-Nachricht von Robin Poller, einem Vertreter des „Verbandes Sozialistischer Student_innen in Österreich“ (VSStÖ), dazu gedrängt, seine Kandidatur für die Studienvertretung zurückzuziehen, was dieser selbstredend nicht machte. Auch bei diesem skandalösen Vorfall, der unter anderem eine Verletzung der Datenschutzgrundverordnung darstellte, da die Nachricht noch vor Veröffentlichung der Kandidaten erfolgte, verhallte der Protest des RFS ohne jegliche Reaktion des Rektors und Senats.

Umstrittener „Aktionskünstler“ durfte Ehrenmal verunstalten

Zu Beginn des Wintersemesters rückte der Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten näher. Unter anderem wurde dabei die künstlerische Neugestaltung des vor der Hauptuniversität befindlichen Ehrenmals aus dem Jahr 1926 enthüllt. Der aus Vorarlberg stammende und

äußerst umstrittene „Aktionskünstler“ Wolfgang Flatz verunstaltete das völlig unbelastete Ehrenmal. Dieses wurde mit blutverschmierten Schriftzügen, die „welche“ Ehre, „welche“ Freiheit und „welches“ Vaterland fragen, verunstaltet. Dem Adler wurde eine weiße Rose zu Füßen gelegt. Mit dieser Installation wandte sich die Universität „feierlich“ von diesen historischen Werten ab. Die weiße Rose, welche als Symbol für den Widerstand gegen das Nazi-regime gilt, ist dabei durchaus stimmig, aber eben im historischen Kontext als Themenverfehlung zu werten. Ein besonderes Armutszeugnis hingegen ist, dass keiner der hauseigenen Historiker es für notwendig befand, darauf hinzuweisen, dass jenes Ehrenmal überhaupt nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hat und aus diesem Grund die „verzierende“ Installation völlig fehl am Platz ist. Sie bleibt eine einzige Verschandelung des stolzen, unter Denkmalschutz stehenden Mals.

Auch bei dieser Schandtat scheute die Universität den Diskurs, obwohl es durchaus spannend wäre, über die Definition und Begriffsgeschichte der Termini „Ehre“, „Treue“ und „Vaterland“ zu diskutieren. Vor allem die Antithese wäre interessant zu erfahren: Unfreiheit, Ehrlosigkeit, Verachtung von Herkunft, Identität und Heimat?

Für patriotische und nationalliberale Kräfte haben die Antworten der provokanten Fragen unveränderte Gültigkeit. Gerade die Erstretung der Freiheitsrechte ging im deutschsprachigen Raum maßgeblich von Studenten aus. Waffenstudenten leben noch heute in dieser Tradition und gedenken großer historischer Ereignisse in diesem Zusammenhang, wie dem Hambacher Fest von 1832. Gerade im Jubiläumsjahr sollte die Universität grundlegende Freiheitsrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, aber vor allem die Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre, hochleben lassen und mit allen gebotenen Mitteln verteidigen. Auch die Ehre sollte nach wie vor erstrebenswert sein – Achtung vor der Leistung Altvorderer, aber auch vor Kollegen, und die Sitte im Umgang mit unseren Mitmenschen im alltäglichen Leben. Das Streben nach Wissen und Erkenntnis gereicht überdies zur Ehre der Wissenschaft und der jeweiligen Alma Mater. Zu guter Letzt sollte aber auch das Vaterland nicht verachtet werden. Natürlich hat sich dieses im Laufe der 350-jährigen Geschichte gewandelt, dennoch kann ein Mensch nicht ohne Wurzeln leben, und dazu gehört auch das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation und einem Volk. Das widerspricht auch nicht dem Faktum, dass man österreichischer Patriot sein kann und gleichzeitig die Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturraum sowie zur europäischen Völkerfamilie ehrt. Darüber hinaus waren es vor allem die Vaterländer, welche die Universitäten förderten, und denen viele ihre Existenz und ihren Fortbestand verdanken. Die Vaterlandsliebe kann auch als Ansporn für große akademische Leistungen dienen. Nicht zuletzt gab beispielsweise Johann Lambert Büchler der *Monumenta Germaniae Historica* (MGH)^[1] das bis heute gültige Motto: „Sanctus amor patriae dat animum“ (Die heilige Liebe zum Vaterland beflügelt den Geist).

Humboldtsches Bildungsideal nur noch vereinzelt hochgehalten

Immerhin gibt es noch vereinzelte Stimmen in der Studentenschaft, welche diese Vorgänge kritisieren und das humboldtsche Universitäts- und Bildungsideal hochhalten. Einige wenige Professoren tun dies nur mehr hinter vorgehaltener Hand. Neben dem politischen RFS sind dies die Korporierten, welche diesen beunruhigenden Entwicklungen noch entgegenstehen. So kam es auch anlässlich des Jubeljahres der LFU zu einer Mahnwache von eben jenen Gruppierungen vor dem neu gestalteten Ehrenmal. Begleitet wurde dies, wie nicht anders zu erwarten, von einer linksextremen Gegendemonstration, die versuchte, die Veranstaltung zu verhindern. Dank dem Schutz der Polizei konnte aber vom demokratischen Grundrecht Gebrauch gemacht werden. Neben kommunistischen Bannern aller Art trugen die Gegendemonstranten auch Flaggen der kurdischen YPG,^[2] welche die EU als terroristische Organisation einstuft. Dennoch gab es keinerlei Reaktion von den offiziellen Repräsentanten der Universität. Diese ließen sich im Übrigen trotz expliziter Einladung auch nicht beim anschließenden Kommers zum 350. Geburtstag der LFU, organisiert von den schlagenden Verbindungen Innsbrucks, blicken. Die Waffenstudenten wurden allerdings auch zu keiner der offiziellen Feierlichkeiten der Universität anlässlich des Jubiläums geladen. Nicht einmal die offiziell den Titel „Universitätssängerschaft“ tragende Sängerschaft Skalden wurde für ei-

nen umrahmenden Auftritt angefragt. Diese akademischen Traditionsverbände scheinen auch eher historischer Ballast denn geachteter Teil der Universität zu sein. Die Universität versucht im historischen Jubiläumjahr, ihre durchaus wechselhafte Geschichte und mit ihr die Traditionen sowie ehrbaren Werte abzustreifen.

Blicken wir abschließend noch in den wissenschaftlichen Apparat der Fakultäten der LFU. Allerdings gestattet die Universität, weniger ehrbare Werte hochzuhalten. Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der DDR veranstaltete die Partei der Arbeit (PdA) zusammen mit der kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) und dem Kommunistischen Studentenverband Innsbruck (KSV) im November eine Jubelfeier unter dem Titel „70 Jahre Gründung der DDR“ in Wien, Linz und Innsbruck. Als wäre dies nicht skandalös genug, trat dort als Redner Hans Bauer, einstiger stellvertretender DDR-Generalstaatsanwalt und hochrangiger Mitarbeiter der Staatssicherheit (Stasi) auf, der sich nach dem Mauerfall als höchst umstrittener DDR-Verharmloser einen Namen machte. Ursprünglich sollte die Veranstaltung im Vereinslokal des Integrationsbüros Innsbruck, welches von Stadt und Land gefördert wird, stattfinden. Nach massiver Kritik wurde die DDR-Glorifizierung dort verhindert. Kurzerhand sprang jedoch die LFU als Veranstaltungsort ein, was abermals massiven Protest von FPÖ und RFS hervorrief. Daraufhin knickte die Universität ein und erklärte, dass sie prinzipiell keine Veranstaltungen von politischen Parteien zuließe und vor allem keinen umstrittenen Personen eine Bühne bieten möchte. Daraufhin sprang das Alevitische Kulturzentrum ein, dem die Sache aber auch zu heiß wurde, weshalb Interessierte nur mehr per Privatnachricht über den Veranstaltungsort unterrichtet wurden, um eine weitere Absage zu verhindern. Eine Woche später wurde bekannt, dass die Veranstaltung, organisiert durch den KSV Innsbruck, nun doch an der Universität, in einem Seminarräum der geisteswissenschaftlichen Fakultät, stattfinden werde. Auch die umstrittene Person Hans Bauer scheint für die Universität nun kein Problem mehr zu sein. Ob ein neuerlicher Protest durch FPÖ und RFS Früchte trägt, wird sich erst noch zeigen. Jedoch demaskiert auch diese Episode, dass die Universität augenscheinlich kein Problem mit autoritärem Gedankengut hat, wenn dieses von linker Seite kommt. Die Glorifizierung des DDR-Regimes und die Relativierung kommunistischer sowie sozialistischer Verbrechen rufen nicht einmal Irritation hervor. Proponenten wie Hans Bauer, die für derartiges Unrecht stehen, dürfen ohne nennenswerten Widerspruch ihre kruden Gedanken in mit Steuergeld finanzierten Räumlichkeiten verbreiten. Gerade im 350sten Jubiläumjahr der Universität und 30 Jahre nach dem Mauerfall ist dies ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer der DDR-Diktatur und wirft ein entsprechendes Schlaglicht auf den desaströsen Zustand der universitären Welt. Ehre, Freiheit und Vaterland sind Werte, welche die Universität „hinterfragen“ will, hingegen werden dem Spitzelwesen, der Unfreiheit und dem Totalitarismus, für die der DDR-Unrechtsstaat stand, ungehindert eine breite Bühne geboten.

Hier fällt auf, dass vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften kaum mehr konservative und schon gar keine freiheitlichen oder rechten Stimmen mehr zu vernehmen sind. Neben *Gender Studies*, welches eigentlich keine Wissenschaft, sondern vielmehr eine Ideologie darstellt, stechen vor allem die Germanistik, die Europäische Ethnologie und das Institut für Zeitgeschichte hervor. Allein der Umstand, dass als Voraussetzung für das Masterstudium *Gender Studies* beinahe jeglicher Bachelor-Abschluss angesehen wird, spricht für sich. Darüber hinaus ist es aus wissenschaftlicher Sicht als problematisch anzusehen, wenn der kritische Diskurs zugunsten ausschweifender Dekonstruktion aufgegeben wird.

Im Allgemeinen haben es sich viele zeitgenössische Sprachwissenschaftler zum Ziel gesetzt, ganz im marxistischen Sinn eine Revolution der Sprache herbeizuführen. Dabei wird völlig ausgeblendet, dass die Grundprämisse, das grammatikalische Genus sei mit dem biologischen Geschlecht gleichzusetzen, falsch ist. Mit Gendersprache und Political Correctness wird so an den Reißbrettern der Universitäten willkürlich ein Neusprech im Sinne Orwells konstruiert. So wird aus unserer Sprache der Dichter und Denker ein überbordendes Ungetüm mit einem *irregulare aliquod corpus et monstro simile* (irregulären und einem Monstrum ähnlichen Körper) frei nach Samuel von Pufendorf.^[3] Eine Entwicklungswelle, mit der längst durch Teile des Beamtentums und der Lehrerschaft breite Teile der Gesellschaft zwangsbeglückt

wurden, dessen Quelle sich in der linksideologischen Hegemonie der gesinnungsnepotistischen Hochschulen findet.

Historikeraufgabe nicht mehr Wissenschaft, sondern Erziehung?

Die Maxime „Gesinnung vor Qualifikation“ lässt sich auch in den Instituten der Zeitgeschichte beobachten. Seit der aus der Bundesrepublik Deutschland stammende Historiker Univ.-Prof. Dr. Dirk Rupnow als Dekan die Leitung des Instituts für Zeitgeschichte in Innsbruck 2010 übernommen hat, weht ein neuartiger Wind durch die ehrwürdige Historikerzunft. Er sieht etwa vornehmlich nicht die wissenschaftliche Arbeit als Aufgabe eines Historikers, sondern vielmehr die erzieherische Aufklärung der Bevölkerung, mit dem Ziel diese vor einem angeblichen Rechtsruck zu bewahren. Dieser Agenda folgt er strikt, indem beispielsweise fast ausschließlich Migrationsgeschichte in all ihren Facetten beachtet wird. Hinzu kommt natürlich noch eine Prise Geschlechter- und vor allem Frauengeschichte. Ein kritischer Diskurs ist überdies nicht erwünscht, da etwaige Gegenstimmen im Keim erstickt werden. Im Jubiläumsjahr wurde zu diesem Zwecke sogar ein Nicht-Historiker ans Institut für Zeitgeschichte berufen, der vermutlich einwandfrei in die politische Agenda von Herrn Professor Rupnow passt. Eine kürzlich erfolgte Tagung zur Geschichte der FPÖ, die von Professor Rupnow geleitet wurde, zeigte deutlich, wie die wissenschaftliche Arbeit am Institut aussieht. Bereits bei der Auswahl der Vortragenden wurde penibelst auf deren „korrekte“ politische Ausrichtung geachtet, da bereits im Vorfeld feststand, welchen Zweck die Tagung erfüllen sollte. Die Teilnahme von ausgewiesenen Experten auf diesem Gebiet, wie etwa Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt, die durchaus einen Kontrapunkt gesetzt und somit den wissenschaftlichen Diskurs befeuert hätten, war nicht erwünscht. Stattdessen war es eine linke Selbstbeweihräucherung, die keine kritischen Stimmen zuließ. Die Tagung war nicht wissenschaftlichen Grundwerten verpflichtet, sondern vielmehr einer klar links ausgerichteten Politagenda. Die einseitige Verweigerung des wissenschaftlichen Diskurses zerstört den Fortschritt sowie die Freiheit der Lehre und Forschung. Regelmäßig organisiert das Institut für Zeitgeschichte zu diesem Zweck gemeinsam mit der Grünen Bildungswerkstatt, dem Renner-Institut und den „Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen“ entsprechende Veranstaltungen und Vorträge. Eine Zusammenarbeit mit dem Freiheitlichen Bildungsinstitut gab es trotz Anfrage noch nie. Auch eine Themensetzung in Richtung Linksextremismus oder dergleichen sucht man vergebens. Dass sich der Sprachwissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Ivo Hajnal, seines Zeichens Senatsvorsitzender der LFU, für eine linksextreme Wahlplattform, bestehend aus „KPÖ PLUS“, „Alternative Listen“ sowie „Linke und Unabhängige“, als Spitzenkandidat für die letzte Nationalratswahl zur Verfügung stellte, irritierte ebenso kaum jemanden. Eine offizielle Stellungnahme der Universität blieb jedenfalls aus.

Universitäre Werte über Bord geworfen

Es ist also durchaus besorgniserregend, in welcher rasanter Geschwindigkeit die Universität ihre Werte über Bord wirft. Der Gesinnungsnepotismus, der durch die linke Hegemonie geschaffen wurde, bedrängt nicht nur die Freiheit der Wissenschaft in Forschung und Lehre, sondern vor allem auch die persönliche Meinungs- und Redefreiheit jedes Einzelnen. Jedem Andersdenkenden wird im Sinne von „rechts ist keine Meinung“ die Äußerung jeglicher abweichenden Sichtweise abgesprochen. Es mag zwar nicht das Leben direkt bedroht sein, wobei gerade in der Bundesrepublik Deutschland Angriffe auf AfD-Politiker Anderes erahnen lassen, man riskiert allerdings mit seiner Meinungsäußerung seine gesellschaftliche Reputation, seinen akademischen Erfolg, seine Karriere oder Arbeitsstelle und zu guter Letzt auch seine ökonomische Existenz. Ein hoher Preis für die freie Meinungsäußerung in einer Gesellschaft, die sich für ihre Liberalität und Toleranz rühmt. Durch die Moralisierung und neuerdings auch Infantilisierung der Themen werden die Positionen sofort in Gut und Böse eingeteilt. Ein Diskurs im Sinne von kritischem Austausch von Argumenten wird dadurch völlig verunmöglicht, da eine „Entscheidung“ bereits vorweggenommen wird. Dieses Phänomen beschränkt sich nicht nur auf die politische Auseinandersetzung, sondern greift eben

auch im wissenschaftlichen Diskurs um sich. Gerade Universitäten, als Horte der Bildung und Wissenschaft, sollten heutzutage Sinnbild jeglicher Freiheitsrechte sein – doch bedauerlicherweise verkommen sie zunehmend zu Stätten der Feinde unserer Freiheiten.

Denk ich an meine Alma Mater in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht ...

Anmerkungen

- [1] Die wissenschaftliche Publikationsreihe Monumenta Germaniae Historica (MGH, lateinisch für „Geschichtliche Denkmale Deutschlands“) umfasst historische Dokumente zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Den gleichen Namen trägt das Münchner Institut, das diese Sammlung herausgibt, mittelalterliche Textquellen der Forschung zugänglich macht und durch kritische Studien zur wissenschaftlichen Erforschung der deutschen bzw. europäischen Geschichte beitragen will.
- [2] Die kurdische Miliz in Syrien YPG, Yekîneyên Parastina Gel, wird z. B. vom deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz als syrischer Ableger der (verbotenen) Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angesehen.
- [3] Der deutsche Naturrechtsphilosoph, Historiker und Völkerrechtslehrer Samuel Pufendorf, 1632–1694, gilt als Begründer der Vernunftrechtslehre.